

N i e d e r s c h r i f t

über die 23. Sitzung des Kreistages
am Montag, den 17.06.2013 (öffentlicher Teil)

Sitzungsbeginn: 14:00 Uhr
Sitzungsende: 17:10 Uhr (einschließlich nichtöffentlicher Teil)
Ort: Landratsamt Saale-Orla-Kreis, Neubau, Konferenzsaal 237,
Oschitzer Str. 4, 07907 Schleiz,

Anwesenheit:

Anwesend:

Fraktion der CDU

Brückner, Manfred
Franke, Thomas
Gersdorf, Katrin
Gruhner, Stefan
Hanna, Allam Dr. med.
Hetterle, Norbert
Peißker, Gabriele
Poßner, Wolfgang
Ranke, Beate
Sachse, Carsten
Schugens, Gottfried
Steffen, Berthold
Wetzel, Siegfried

Fraktion der SPD

Feike, Anette
Kanis, Regine
Klimpke, Juergen K. (von 16:00 bis 17:00 Uhr)
Künast, Dagmar
Oppel, Peter
Seidel, Marco
Voll, Martina
Wietzel, Hans

Fraktion Die LINKE

Dicke, Angelika
Fleischmann, Hannelore
Hofmann, Thomas
Kalich, Ralf
Knüpfer, Dieter

Lukas, Almut
Pechtl, Klaus
Rebelein, Dieter Dr.
Weithase, Helga

Fraktion der UBV

Eismann, Andreas
Kleindienst, Wolfgang
Militzer, Bernd
Querengässer, Gerd
Scheffczyk, Andreas
Weinrich, Ralf

Fraktion der FDP

Borchardt, Alf-Heinz
Modde, Michael (bis 15:30 Uhr)
Ortwig, Volker
Walther, Heidemarie
Wippert, Klaus

Mitarbeiter der Kreisverwaltung

Butz, Regina
Danzer-Nitsch, Inge
Fabiunke, Fred
Frotscher, Dagmar
Herrgott, Christian
Heynisch, Jens
Jahn, André
Junge, Madlen
Krauß, Ingrid
Nielsen, Katrin
Nitsch, Michael
Pelke, Ralf
Porst, Sybille
Rau, Elisabeth
Weiß, Katrin
Weiß, Sandra
Zwingelberg, Uwe

Entschuldigt:

Fraktion der CDU

Detko, Lothar (krank)
Völlm, Arnfried Dr. (dienstliche Gründe)

Fraktion der SPD

Beer, Jochen (Urlaub)
Wohl, Rüdiger (Urlaub)

Fraktion Die LINKE

Möller, Klaus (Urlaub)

Schriftführerinnen:

Kerstin Täumel, Beate Eismann

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreistages am 29.04.2013
2. Neufassung der Satzung über die Benutzung der Horte an den Grundschulen/Gemeinschaftsschulen in Trägerschaft des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/170/2013
3. Neufassung der Gebührensatzung über die Benutzung der Horte an den Staatlichen Grundschulen/Gemeinschaftsschulen in Trägerschaft des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/171/2013
4. Anträge
- 4.1. Vorbereitung der Aktualisierung des Schulnetzplanes für die Schuljahre 2011/2012 bis 2019/2020
Vorlage: AN/069/2013
- 4.2. Bericht zur medizinischen Versorgung im Saale-Orla-Kreis
Vorlage: AN/070/2013
- 4.3. Polizeistruktur im Saale-Orla-Kreis
Vorlage: AN/071/2013
5. Informationen/Sonstiges
6. Anfragen

Der Landrat erinnert in einleitenden Worten an den Volksaufstand am 17. Juni 1953 im gesamten Gebiet der ehemaligen DDR, der sich am heutigen Tage zum 60. Male jährt.

Der Landrat eröffnet die 23. Sitzung des Kreistages und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages des Saale-Orla-Kreises fest.

Herr Dr. Rebelein beantragt die Aufnahme eines Dringlichkeitsantrages, der einen Sofortbericht zu den Auswirkungen der Hochwassersituation im Landkreis mit vier Fragenkomplexen zum Inhalt hat.

Der Landrat unterbreitet den Vorschlag, dass diese Fragen unter dem TOP „Anfragen“ beantwortet werden, da Anfragen keinen Dringlichkeitsantrag rechtfertigen.
Mit dieser Verfahrensweise erklärt sich Herr Dr. Rebelein einverstanden.

Zu TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreistages am 29.04.2013

Wortmeldungen zur Niederschrift gibt es nicht.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
3 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises genehmigt die Niederschrift über die 22. Sitzung des Kreistages am 29.04.2013 (öffentlicher Teil).“

284-23/2013

**Zu TOP 2 Neufassung der Satzung über die Benutzung der Horte an den Grundschulen/Gemeinschaftsschulen in Trägerschaft des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/170/2013**

und

**Zu TOP 3 Neufassung der Gebührensatzung über die Benutzung der Horte an den Staatlichen Grundschulen/Gemeinschaftsschulen in Trägerschaft des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: KT/171/2013**

Die Tagesordnungspunkte 2 und 3 werden im Komplex behandelt.

Durch den Fachdienstleiter Schule, Herrn Jahn, wird einleitend der Sachverhalt zu beiden Beschlussvorlagen erläutert. Grund für die Neufassung beider Satzungen ist die Änderung der Hortkostenbeteiligungsverordnung des Landes Thüringen. Weitere Änderungen beinhalten aktuelle Regelungen zum Datenschutz, Klarstellung des Zahlungsziels, Regelungen zum Ausschluss aus dem Hort sowie die Neuregelung des Einkommensbegriffs. In weiteren Ausführungen geht Herr Jahn auf die Anfragen, welche in den vorberatenden Ausschüssen aufgeworfen worden, ein.

Der Landrat gibt die Ergebnisse der Empfehlungen zu beiden Vorlagen der Ausschüsse bekannt.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die Kreistagsmitglieder Herr Borchardt, Herr Dr. Hanna, Frau Feike, Frau Dicke, Herr Gruhner, Herr Scheffczyk und Herr Hofmann. Herr Borchardt weist darauf hin, dass künftig bei Satzungsänderungen die Änderungen deutlich gemacht oder die alte Satzung den Unterlagen beigelegt werden sollte.

Die Diskussionsredner von UBV und LINKE sprechen sich für eine generelle unentgeltliche Nutzung aller Horte aus, da ihrer Meinung nach der Hort zur Schule gehöre. Mit den Gebührenänderungen wird deutlich, dass die Hortgebühren immer mehr zu Lasten derjenigen gehen, die berufstätig sind.

Herr Dr. Hanna legt den Standpunkt der CDU-Fraktion dar und spricht sich, wie auch Herr Gruhner, für die Satzungsneufassungen aus.

Der Kreistag fasst

**mehrheitlich bei
9 Gegenstimmen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt die Satzung über die Benutzung der Horte an den Grundschulen/Gemeinschaftsschulen in Trägerschaft des Saale-Orla-Kreises in der als Anlage 1 der Niederschrift beigelegten Fassung.“

285-23/2013

Der Kreistag fasst anschließend mit

**22 Ja-Stimmen bei
18 Gegenstimmen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt die Gebührensatzung über die Benutzung der Horte an den Grundschulen/Gemeinschaftsschulen in Trägerschaft des Saale-Orla-Kreises in der als Anlage 2 der Niederschrift beigefügten Fassung.“

286-23/2013

Zu TOP 4 Anträge

Zu TOP 4.1 Vorbereitung der Aktualisierung des Schulnetzplanes für die Schuljahre 2011/2012 bis 2019/2020
Vorlage: AN/069/2013

Zur Begründung des Antrages der UBV-Fraktion führt Herr Scheffczyk aus, dass seine Fraktion den aktuellen Schulnetzplan für dringend überarbeitungsbedürftig hält. Als Gründe dafür nennt er abweichende Schülerzahlen, fehlende Angabe der Kapazitätsobergrenze bei fast allen Schulen, unzureichende Raumkapazitäten bei mehreren Schulen und unterschiedliche Handhabungen bei Zuzahlen im Schülerverkehr.

An der anschließenden zum Teil kontrovers geführten Diskussion beteiligen sich Landrat Fügmann, die Kreistagsmitglieder Herr Oppel, Herr Hofmann, Herr Gruhner, Herr Kleindienst, Herr Wippert, Herr Scheffczyk und Herr Dr. Rebelein.

Der Landrat spricht sich gegen den Antrag aus. Er betont, dass 2011 ein umfassender Schulnetzplan beschlossen wurde, der bis 2020 Gültigkeit besitzt und eine solche Langfristigkeit bei der Planung außerordentlich wichtig ist. Grundsätzlich ist der Schulnetzplan ein Arbeitspapier für das Ministerium und die Verwaltung, welches naturgemäß auch Veränderungen unterliegen kann. Er empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Diese Meinung vertreten auch Herr Oppel im Namen der SPD-Fraktion und Herr Gruhner. Herr Hofmann vertritt die Meinung, dass die Praxis inzwischen den Schulnetzplan eingeholt habe und hält eine Fortschreibung und Konkretisierung des Planes für erforderlich. Er stellt zum Antrag der UBV-Fraktion den **Änderungsantrag**, im Beschlussvorschlag 2 kleine Ergänzungen/Änderungen vorzunehmen.

Hinter den Worten „Der Landrat wird beauftragt...“, wird eingefügt: „...unter Einbeziehung der Schulen (schriftliche Anhörung...“.

Die Frist der Vorlage sollte auf die Sitzung im Dezember verlängert werden.

Herr Scheffczyk stimmt zu, diese o.g. Änderungen in seinen Antrag aufzunehmen.

Herr Wippert weist darauf hin, dass Nachbesserungen zwar notwendig sind, diese aber nur auf der Grundlage konkreter Anträge erfolgen können.

Nach langer Diskussion über das Für und Wider der Überarbeitung des Schulnetzplanes und des Aufwandes bei der Umsetzung der im Antrag formulierten Aufgabenstellungen, stellt Herr Schugens den **Geschäftsordnungsantrag auf „Ende der Aussprache“, dem mehrheitlich entsprochen wird.**

Es folgt die Abstimmung über den Antrag der UBV-Fraktion mit den eingearbeiteten Änderungsvorschlägen der Fraktion Die LINKE, der mit

**14 Ja-Stimmen,
19 Gegenstimmen und
5 Stimmenthaltungen**

abgelehnt wird.

Somit fasst der Kreistag folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises lehnt den Antrag der UBV-Fraktion Nr. AN/069/2013 bzgl. Vorbereitung der Aktualisierung des Schulnetzplanes für die Schuljahre 2011/2012 bis 2019/2020 ab.“

287-23/2013

Pause: 15:25 Uhr bis 16:00 Uhr

**Zu TOP 4.2 Bericht zur medizinischen Versorgung im Saale-Orla-Kreis
Vorlage: AN/070/2013**

Herr Hofmann begründet den Antrag der Fraktion Die LINKE. Seine Fraktion ist der Meinung, dass der Kreistag zumindest über die aktuelle Versorgungssituation und die Perspektive regelmäßig informiert sein sollte, da der Versorgungsgrad mit niedergelassenen Ärzten im SOK sehr unterschiedlich ist und oft zu lange Bestellzeiten kritisiert werden.

Zur Diskussion sprechen die Kreistagsmitglieder Herr Oppel, Herr Dr. Hanna, Frau Voll, Herr Kleindienst, Herr Dr. Rebelein, Herr Hofmann, Herr Gruhner und Landrat Fügmann.

Durch die Diskussionsredner der CDU-Fraktion wird darauf hingewiesen, dass der Kreistag diesbezüglich keine Zuständigkeit besitzt, sondern diese bei der Kassenärztlichen Vereinigung liege. Es wird betont, dass mit solchen Anträgen nach außen nicht der Eindruck erweckt werden darf, dass der Kreistag Probleme lösen kann, auf die er keine Einflussmöglichkeiten hat.

Dem entgegnen die Redner der Fraktion Die LINKE und der UBV-Fraktion, dass die politische Verantwortung beim Kreistag liege und dass die Nichtzuständigkeit nicht bedeuten darf, dass man sich nicht mit den Problemen befassen kann.

Der Kreistag fasst mit

**22 Ja-Stimmen bei
13 Gegenstimmen und
3 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt:

1. Der Landrat wird beauftragt, dem Kreistag in der letzten diesjährigen Sitzung einen Bericht zur stationären und ambulanten medizinischen Versorgung im SOK vorzulegen (in Abstimmung mit den Krankenhäusern Schleiz und Pöbneck und einem Vertreter der KÄV).
2. Der zuständige Ausschuss des Kreistages legt bis September 2013 die Schwerpunkte für diesen Bericht fest.“

288-23/2013

**Zu TOP 4.3 Polizeistruktur im Saale-Orla-Kreis
Vorlage: AN/071/2013**

Herr Kalich begründet den Antrag der Fraktion Die LINKE. Die Fraktion vertritt den Standpunkt, dass die polizeiliche Grundversorgung nur durch eine durchgängige Präsenz der Polizei sowie die permanente Besetzung der Polizeidienststellen in Pößneck und Bad Lobenstein gewährleistet ist. Der Kreistag sollte dazu ein klares Bekenntnis in Form eines Kreistagsbeschlusses abgeben.

Der Landrat betont nachdrücklich, dass es zu diesem Antrag eine klare Ablehnung geben müsse, da die Zuständigkeit eindeutig auf Landesebene liegt. Er verweist auf die zahlreich im Kreistag vertretenen Landtagsabgeordneten, die dieses Thema aufgreifen und an die zuständige Stelle tragen können.

Zur Diskussion sprechen Herr Scheffczyk, Herr Hofmann, Frau Künast, Herr Gruhner, Herr Kleindienst, Frau Peißker, Frau Kanis, Herr Wippert und Herr Schugens. Von den Rednern der UBV-Fraktion wird die Meinung vertreten, dass es sich bei dem Antrag lediglich um eine politische Absichtserklärung handle. Dagegen stehen die Meinungsäußerungen der Redner von CDU, SPD und FDP-Fraktion. Es wird hier klar zum Ausdruck gebracht, dass mit dem Antrag dem Bürger eine Kompetenz des Kreisrates bzw. des Landrates vermittelt wird, die nicht besteht. Eine solche Absichtserklärung kann nichts bewirken, da diesbezüglich keine Einflussmöglichkeiten des Kreistages bestehen.

Dem Geschäftsordnungsantrag von Herrn Querengässer auf „Ende der Aussprache“ wird mehrheitlich entsprochen.

Der Kreistag fasst mit

**18 Ja-Stimmen,
20 Gegenstimmen und
3 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises lehnt den Antrag der Fraktion Die LINKE Nr. AN/071/2013 bzgl. Polizeistruktur im Saale-Orla-Kreis ab.“

289-23/2013

Zu TOP 5 Informationen/Sonstiges

Folgende Informationen werden gegeben:

- **Beratung der an die Ausschüsse verwiesenen Anträge der UBV-Fraktion aus der Kreistagssitzung vom 29.04.2013 im Bildungsausschuss und im Finanzausschuss**

Die Vorsitzende des Bildungsausschusses, Frau Ranke, informiert über die Diskussion zur Problematik Schulnetzplan im Ausschuss am 27.05.2013.

Herr Scheffczyk zieht den Antrag der UBV-Fraktion zurück, da dieser eine Aussprache in der Kreistagssitzung am 29.04.2013 zum Inhalt hatte und seiner Meinung nach nicht mehr Gegenstand in einer Ausschuss-Sitzung sein kann.

Herr Seidel, Vorsitzender des Finanzausschusses, informiert, dass der Sachverhalt bzgl. der Wirksamkeit und Rechtmäßigkeit des öffentlich-rechtlichen Vertrages bzgl. BBZ Pößneck am 03.06.2013 im Ausschuss erörtert wurde. Der Ausschuss ist zu dem Schluss gekommen, dass es einer juristischen Prüfung bedarf, ob die Rechtmäßigkeit des Vertrages gegeben ist.

Die Kreisverwaltung hat den Auftrag erhalten, den Vertrag zu prüfen. Das Ergebnis wird zunächst dem Ausschuss dargelegt werden, ehe der Kreistag darüber informiert wird.

- **Besuch einer Delegation des Kreistages des Partnerlandkreises Neuburg-Schrobenhausen im Saale-Orla-Kreis**

Der Landrat informiert über den geplanten Besuch vom 18.07. bis 20.07.2013. Die Einladung für die Zusammenkunft des Kreistages mit den Gästen aus Neuburg-Schrobenhausen ist allen Kreistagsmitgliedern per Post zugegangen. Die Fraktionen haben zu dieser „gemeinsamen Sitzung“ Gelegenheit, je Fraktion einen Redebeitrag von 5 Minuten zu leisten.

Um rechtzeitige Rückmeldung zur Teilnahme an der Abendveranstaltung wird gebeten. Auf Nachfrage informiert der Landrat über das Besuchsprogramm an den weiteren Tagen.

Zu TOP 6 Anfragen

Zunächst werden die Anfragen der Fraktion Die LINKE bzgl. der Auswirkungen der Hochwassersituation im Landkreis beantwortet.

1. Wie hoch sind die Schäden, die im Zusammenhang mit dem Hochwasser 2013 im SOK eingetreten sind, einzuschätzen? Aufgegliedert nach Kommune, Gewerbetreibende, Vereine. In welcher Höhe sind von o.G. Soforthilfen beantragt worden?
2. Wie wird seitens des Landkreises die im übertragenen Wirkungskreis an die untere Wasserbehörde gegebene Aufgabe zur Kontrolle der Gewässer erster Ordnung wahrgenommen? Gab es im Vorfeld des Hochwassers in der Vergangenheit Feststellungen zu möglichen Gefahren? Wenn ja, welche und wie wurde seitens der Behörde reagiert?
3. Gibt es Schäden an Gewässern zweiter Ordnung sowie an Talsperren und Sperrwerken? Wenn ja, aufgelistet nach einzelnen Standorten.
4. Welche Hochwasserschutzmaßnahmen wurden im Landkreis seit 2002 realisiert und welche befinden sich noch in Planung und Ausführung? Aufgelistet nach einzelnen Projekten.

Der Landrat betont, dass im Moment nur die Frage 1 beantworten kann. Die Fragen 2 bis 4 werden schriftlich beantwortet, da dazu die Fachdienste Auskunft erteilen müssen.

Zur Frage 1 führen der Landrat, ergänzt durch Herrn Hauck aus, dass der Freistaat Thüringen dem Saale-Orla-Kreis Mittel in Höhe von 700 T€ zur Verfügung stellt. 500 T€ sind für Privathaushalte und Kleinbetriebe, 200 T€ für den Landkreis und geschädigte Kommunen vorgesehen. Von den 500 T€ wurde mit heutigem Stand bereits knapp die Hälfte (244 T€) an die

Städte und Gemeinden weitergereicht. Bewilligungsstellen für Hilfesuchende sind die Kommunen. Die Antragsfrist für Privatpersonen und Kleinbetriebe endet am 30.06.2013. Das Antragsformular ist auf der Internetseite des Saale-Orla-Kreises abrufbar. Erst danach kann genau definiert werden, in welcher Höhe für wie viele Geschädigte in welchen Kommunen konkret Gelder beantragt wurden. Von den 200 T€ für den Landkreis und die Kommunen ist noch kein Geld geflossen. Hier läuft noch die Schadensaufnahme. Möglicherweise ist zu befürchten, dass diese Mittel nicht ausreichen.

Herr Borchardt bezieht sich auf einen OTZ Beitrag zu Finanzgeschäften des ZASO und erachtet es als sinnvoll, dass der Kreistag sich diesbezügliche Fragen in der nächsten Kreistagsitzung durch den Geschäftsführer des ZASO beantworten lässt. Er bittet darum, einen solchen Tagesordnungspunkt in der nächsten Kreistagsitzung vorzusehen.

Der Landrat weist Herrn Borchardt darauf hin, dass er dazu einen entsprechenden Antrag an den Landrat richten muss.

Herr Schugens informiert, dass im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt Fragen dazu Gegenstand in einer nichtöffentlichen Sitzung des Finanzausschusses waren.

Herr Dr. Rebelein stellt die Anfrage „Welche Auswirkungen haben die Zensus-Auswertungen für die Finanzausweisungen im Saale-Orla-Kreis?“

Der Landrat sichert ihm dazu eine schriftliche Antwort zu.

Weiterhin bezieht sich Herr Dr. Rebelein auf das Verhalten von Landrat Holzhey im Nachgang zur letzten Kreistagsitzung. Herr Holzhey habe sich nach der Kreistagsitzung bzgl. der Problematik Brücke Linkenmühle ungebührlich gegenüber Mitgliedern der Fraktion Die LINKE in Facebook geäußert und sich bis heute dafür nicht entschuldigt. Er fragt den Landrat, ob er dazu mit Herrn Holzhey ein Gespräch geführt habe.

Der Landrat weist Herrn Dr. Rebelein darauf hin, dass er das Problem bitte persönlich mit Herrn Holzhey besprechen möchte.

In weiteren Darlegungen schildert Herr Dr. Rebelein folgenden Sachverhalt: Der Schulgarten der Grundschule in Neustadt/Orla wurde hergerichtet. Ihm wurde bekannt, dass von der ausführenden Firma kein Mutterboden auf die zu bestellenden Flächen aufgebracht wurde, sondern nur „Schutt“ der durch die Schüler nicht oder nur sehr schwer bearbeitet werden kann. Er bittet den Landrat, das Problem beheben zu lassen, damit die Schüler ordnungsgemäß Unterricht durchführen können.

Der Landrat betont, dass er den Sachverhalt durch den zuständigen Fachdienst prüfen und Herrn Dr. Rebelein eine Antwort zukommen lässt.

Herr Kleindienst fragt an, ob der Fördermittelbescheid bzgl. Gymnasium Pößneck inzwischen vorliegt und wenn nicht, ob es dadurch zu Finanzierungsproblemen kommt.

Herr Zwingelberg antwortet, dass der Fördermittelbescheid nur im Entwurf vorliegt. Es gibt derzeit keine Zahlungsprobleme bei dieser Baumaßnahme.

Her Scheffczyk bezieht sich auf seine Anfrage bzgl. Radweg Burgk-Walsburg und die noch ausstehende Antwort bzgl. der Endabrechnungen. Er bittet um Zustellung der zugesicherten Angaben.

Weiterhin übergibt Herr Scheffczyk dem Landrat schriftlich die Anfragen, die im abgelehnten Antrag der UBV bzgl. Schulnetzplanung formuliert waren. Herr Scheffczyk erbittet im Namen seiner Fraktion Angaben zu folgenden Sachverhalten:

1. Anzahl der Schüler jeder Stadt bzw. Gemeinde mit der Angabe der Klassenstufe und der Schule, die aktuell besucht wird;
2. Prognose der Schülerzahlen zu 1. für die nächsten 5 Jahre;
3. Übersicht über die nächstgelegene Grund- und Regelschule für jede Stadt und Gemeinde;
4. Kapazitätsobergrenze;
5. Anzahl der fehlenden Unterrichtsräume entsprechend den Schulbauempfehlungen für den Freistaat Thüringen mit Raumprogrammempfehlungen;
6. Übersicht über alle Linien des Schülerbusverkehr.

Herr Scheffczyk betont, dass er mit einer schriftlichen Beantwortung einverstanden ist.

Der Landrat beendet den öffentliche Teil der 23. Sitzung des Kreistages um 16:55 Uhr.

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Sitzungsteil liegt im Kreistagsbüro vor und kann dort eingesehen werden.

Füßmann
Landrat

Kerstin Täumel
Schriftführerin